Geschrieben von: offz/sag/ dl
Dienstag, 14. April 2026 um 14:27

In einer gemeinsamen Erklärung protestieren „Pferdesport Deutschland“ (ehemals Deutsche Reiterliche Vereinigung FN), der Deutsche „Hauptverband für Traberzucht e.V.“ und die Föderation „Deutscher Galopp E.V.“ gegen die neue Gebührenordnung für Tierärzte. Bemängelt wird der nicht klar dargelegte Grund der Erhöhung der Honorarsätze.

Die Lage im deutschen Pferdesektor spitzt sich dramatisch zu – die Folgen der gestiegenen Tierarztkosten durch die Novelle der Gebührenordnung für Tierärzte (GOT) im Jahr 2022 sind inzwischen überall spürbar. Pferdesport Deutschland, Deutscher Galopp und der Hauptverband für Traberzucht haben Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer daher gemeinsam einen Brief übermittelt, der den sofortigen Handlungsbedarf herausstellt. Hintergrund ist die laufende Evaluierung der GOT, die aus Sicht der Branche weder umfassend noch realitätsnah angelegt ist und die Pferdebranche vor erhebliche Probleme stellt.

„Deutschland ist als Pferdeland in eine nie dagewesene Krise geraten. Weitere Anstiege bei den tierärztlichen Gebühren sind nicht verkraftbar. Ein Abwarten auf die Ergebnisse der nicht allumfassenden Evaluierung ist nicht hinnehmbar“, heißt es in der gemeinsamen Erklärung. „Eines möchten wir vorweg schicken. Tierärztliche Leistungen müssen angemessen vergütet werden. Jedoch ist an vielen Stellen die Grenze der Belastbarkeit erreicht und überschritten“, betonen die drei Präsidenten Prof. Dr. h.c. Martin Richenhagen (Pferdesport Deutschland), Dr. Michael Vesper (Deutscher Galopp) und Peter Weihermüller (Hauptverband für Traberzucht) gemeinsam.

Auslöser für das gemeinsame Vorgehen ist ein Gruppeninterview im Rahmen der Evaluation, das deutlich machte, wie gravierend die negativen Auswirkungen der GOT-Novelle 2022 auf den Pferdesektor sind. Die Vertreter der AFC Public Services, die die Evaluierung im Auftrag des Bundesministeriums durchführen, zeigten sich im Gespräch sichtbar überrascht von Ausmaß und Tiefe der Problematik. Für die Verbände wurde damit unmissverständlich klar: Die derzeitige Evaluierung greift zu kurz, sie untersucht die Folgen für Tierhalterinnen und Tierhalter nicht, und sie beantwortet nicht die zentrale Frage, wie eine wirtschaftlich tragfähige tierärztliche Versorgung für alle Beteiligten langfristig gesichert werden kann.

Die Präsidenten der drei Verbände machen deutlich, dass die Probleme weit über steigende Behandlungskosten hinausgehen. Die Pferdezucht verzeichnet dramatische Rückgänge bei den Bedeckungszahlen, Reitschulen schließen in alarmierender Häufigkeit, und immer mehr Pferdehalter stehen vor der Existenzfrage, ob sie sich ihr Pferd überhaupt noch leisten können.

Fachleute berichten von zunehmenden wirtschaftlich bedingten Einschläferungen und Schlachtungen sowie einer wachsenden Zahl von Tieren, die verzweifelt an Hilfsorganisationen abgegeben werden. Gleichzeitig werden notwendige tierärztliche Behandlungen häufiger aufgeschoben – ein klarer Rückschritt für den Tierschutz.

Zudem sehen die Verbände den Umstand, dass die Tierärzteschaft selbst zunehmend die Folgen bemerkt. Viele Pferdehalter wenden sich aus Kostengründen ab, Praxen verlieren Kundschaft.

Die Präsidenten beschreiben noch eine weitere Entwicklung: Der steigende Anteil von Praxen in Fremdbesitz führt dazu, dass ein großer Teil der finanziellen Last nicht der veterinärmedizinischen Versorgung, sondern Kapitalgesellschaften zugutekommt. Die Folgen dieser Entwicklung werden in der laufenden Evaluierung jedoch bislang nicht untersucht.

Die drei Verbände fordern deshalb eine Erweiterung des Evaluationsauftrags. Nur eine umfassende Analyse könne gewährleisten, dass sowohl die Interessen der Tierärzteschaft als auch die derjenigen, die die Gebühren bezahlen müssen, berücksichtigt werden – so wie es § 12 der Bundes-Tierärzteordnung auch vorschreibt. Diese Interessen wurden bereits 2022 nicht erhoben; ein erneutes Versäumnis wäre aus Sicht der Branche nicht nur sachlich falsch, sondern politisch unverantwortlich.

Deutschland ist das einzige Land in der Europäischen Union, das eine bindende Gebührenordnung für tierärztliche Leistungen vorschreibt. In anderen Branchen – etwa bei Architekten und Ingenieuren haben sich in Deutschland unverbindliche Honorarstrukturen längst bewährt. „Wir fordern die umgehende Aufhebung der Verbindlichkeit der Gebührenordnung, um eine sofortige Entlastung der Verbraucher zu erreichen. Unserer Auffassung nach sollte die Vergütung tierärztlicher Leistungen Abstimmungssache zwischen Pferdehalter und Tierarzt sein“, erklären die Präsidenten und fahren fort: „Die GOT kann dabei einen orientierenden, aber nicht verbindlichen Rahmen bieten. So ist es beispielsweise in Österreich geregelt.“

Die Präsidenten betonen in ihrem Schreiben die enge Verbundenheit der Pferdebranche mit der Tierärzteschaft. Das Ziel sei kein Gegeneinander, sondern ein verlässlicher Rahmen, der es beiden Seiten ermöglicht, ihrer Verantwortung gegenüber Tier und Mensch gerecht zu werden. Die Verbände bieten dem Minister deshalb ein kurzfristiges persönliches Gespräch an, um die Lage umfassend darzustellen und Lösungsschritte gemeinsam zu erarbeiten.